

Stefan Alexander Entel

9. Mai 1950

DIE
GEBURTSTUNDE
EUROPAS

Inhaltsverzeichnis

- I. Zeitenwende 9
- II. Europa als Idee 101
- III. Die „Alchemie“ des Jean Monnet 125
- IV. Vom Plan zur Tat 145
- V. Das Leitbild 237
- VI. Die Folgen des 9. Mai 1950 – Friedens-
und Rechtsgemeinschaft 245
- VII. Vom Staatsbürger zum Unionsbürger 299
- VIII. Die „provisorische“ Regierung Europas –
Der Europäische Rat 317
- IX. Die Notwendigkeiten für Europas Zukunft:
Führung, Bildung, Diskurs 329
- X. Epilog 341

Bei der Schilderung der Ereignisse am und um den 9. Mai 1950 hat sich der Autor insbesondere gestützt auf die persönlichen Erinnerungen Jean Monnets und Konrad Adenauers, wie sie dokumentiert sind in

- Jean Monnet, „Erinnerungen eines Europäers“, erschienen 1988 bei Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden (ISBN: 3-7890-1701-9); Titel der Originalausgabe: Mémoires Edition Fayard, Paris, 1976
- Konrad Adenauer, „Erinnerungen 1945–1953“, erschienen 1965 bei Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart (ISBN: 3-421-01140-0)
- Konrad Adenauer, „Erinnerungen 1953–1955“, erschienen 1966 bei Deutsche Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart

I.

Zeitenwende

Der 9. Mai 1950 ist ein Dienstag, ein aus meteorologischer Sicht eher trüber Frühlingstag. Enden wird dieser Tag „mit einem Brillantfeuerwerk, dessen diplomatischer Feuerwerker mit strahlendem Knalleffekt Frankreichs Außenminister Robert Schuman ist“. So jedenfalls kommentiert das deutsche Politikmagazin *Der Spiegel* einige Tage später die Ereignisse am späten Nachmittag dieses 9. Mai 1950. Dass sich dieser Tag als ein historisches Datum für Europa und das deutsch-französische Verhältnis erweisen wird, davon ahnt an diesem Morgen niemand etwas.

Es ist fast auf den Tag genau zehn Jahre her, dass Truppenverbände der deutschen Wehrmacht ihren Westfeldzug begonnen haben, in dessen Folge Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich besetzt werden. Deutschland hat den kollektiven Wahnsinn ausgelöst und Europa in ein Irrenhaus verwandelt, in dem ein Tobsüchtiger mit Namen Adolf Hitler das Kommando übernommen und der Zivilisation selbst den Krieg erklärt hat.

Fünf Jahre später, am 8. Mai 1945, ist dieser Wahnsinn zu Ende. Das Deutsche Reich hat bedingungslos kapituliert.

Der totale Krieg hat das totale Elend bei Verlierern und Siegern gleichermaßen hinterlassen. Europa bietet ein unbeschreibliches Bild des Elends und Grauens, ein Bild, das an apokalyptische Phantasien der Verwüstung erinnert. Es sind die Bilder von verwaisten Kindern und erschöpften Frauen, die in den Trümmern nach Notwendigem zum Überleben suchen, es sind die Bilder von kahl geschorenen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen in gestreifter Häftlingskleidung, krank und ausgezehrt, die auch heute noch die Erinnerungen an das dunkelste Kapitel europäischer Geschichte wachhalten. Der Kriegsberichterstatte und Journalist Saul K. Padover notiert bei Kriegsende in sein Tagebuch: *Kein Mensch wird verstehen, welche Gefühle die Europäer den Deutschen entgegenbringen, solange er nicht mit Belgiern, Franzosen oder Russen gesprochen hat. Für sie sind nur tote Deutsche gute Deutsche!* In der Rückschau auf den 9. Mai 1950 sollte dies immer bedacht werden.

Der II. Weltkrieg war ein totaler gewesen, weil er Soldaten und Zivilbevölkerung gleichermaßen betroffen hatte. In der „Stunde null“, als die der 8. Mai 1945 bezeichnet wird, liegt Europa politisch, wirtschaftlich, vor allem auch moralisch am Boden. Die Europäer haben ihre Werte veratet. Europa, immerhin die Wiege der universellen Menschenrechte, des Humanismus und der Aufklärung, ist zum Tatort eines ideologisch begründeten Völkermordes von unvorstellbarem Ausmaß geworden.

Der II. Weltkrieg hat all das in den Schatten gestellt, was Europa seit dem Mittelalter an unzähligen blutigen Bruderkriegen um Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, aber auch um Macht, Herrschaft und Religion erlebt und erlitten hat.

Krieg galt nicht erst seit Clausewitz als ein probates Mittel zur Fortsetzung der Politik. Kriege und Schlachten scheinen überhaupt das beherrschende Thema europäischer Geschichtsbücher zu sein, die Kenntnis um die entsprechenden Jahreszahlen zum Pflichtprogramm schulischen Geschichtsunterrichtes zu gehören. Ohne Zweifel, die Europäer sind im Verlauf ihrer Geschichte selten friedfertig miteinander umgegangen. Europa war (ist?) das ewige Dilemma von Krieg und Frieden!

Kriegerdenkmäler und Soldatenfriedhöfe gehören genauso zum Landschaftsbild Europas wie Kulturdenkmäler, worin sich auch eine dem Europäischen innewohnende Ambivalenz ausdrückt. Letztere legen Zeugnis dafür ab, dass Europa stets auch ein Ort des Geistes und der Kultur war. Dagegen legen die Erstgenannten Zeugnis ab für die den Europäern über Jahrhunderte fehlende Kreativität und Einsichtsfähigkeit in puncto Verwirklichung politischer Einheit und friedlicher Koexistenz.

Dieser Erfahrung zum Trotz prophezeit der französische Philosoph und Schriftsteller Victor Hugo (1802–1885) bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts: *Der Tag wird kommen, an dem du Frankreich, du Russland, Italien, England, Deutschland, ihr alle, die Nationen des Kontinents, ohne eure unterschiedlichen Eigenschaften und ruhmreiche Individualität zu verlieren, euch zu einer höheren Einheit vereinigen und ihr die europäische Brüderlichkeit errichten werdet, genauso wie die Normandie, die Bretagne, Burgund, Lothringen, Elsass, alle unsere Provinzen sich in Frankreich zusammengeschlossen haben. Der Tag wird kommen, an dem die Kugeln und Bomben durch die Abstimmung, durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch das wirkliche*

Schiedsgericht eines großen souveränen Senats ersetzt werden, der in Europa das sein wird, was in England das Parlament, in Deutschland der Reichstag, in Frankreich die gesetzgebende Körperschaft ist.

Streicht man *Russland* aus dieser Aufzählung, ersetzt man *höhere Einheit* durch „Europäische Union“ und *Schiedsgericht eines großen souveränen Senats* durch „Europäisches Parlament“, so hat sich seine Prophezeiung 200 Jahre später erfüllt.

An diesem Morgen des 9. Mai 1950 ist Europa noch weit davon entfernt. Der „eiserne Vorhang“ hat sich über den Kontinent gesenkt und ihn für die nächsten 40 Jahre in zwei völlig unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme gespalten. Auch wenn die Waffen schweigen, Europa befindet sich weiterhin in einer Art passivem Kriegszustand, dem kalten Krieg.

Es sollen noch fast 60 Jahre vergehen, bis der Mitbegründer der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*, Jerzy Buzek, im Sommer 2009 bei seiner Antrittsrede als Präsident des Europäischen Parlamentes den demokratisch legitimierten Repräsentanten von 500 Millionen europäischen Bürgern zurufen kann: *„Es gibt kein ‚Ihr‘ und kein ‚Wir‘ mehr. Die Völker Europas sind vereint!“*

Damit hat Jerzy Buzek mit wenigen Worten beschrieben, was Europa heute ist: eine Gemeinschaft von über 500 Millionen Bürgern aus 28 Staaten, die in Frieden und Freiheit zusammenleben.

Hierfür legen an diesem Morgen des 9. Mai 1950 der französische Außenminister Robert Schuman und der

deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer den Grundstein. Der 9. Mai 1950 markiert die historische Zeitenwende in und für Europa.

Bonn, 9. Mai 1950, 9.30 Uhr

Unter der Leitung des wenige Monate zuvor zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählten Dr. Konrad Adenauer tritt an diesem Morgen im Palais Schaumburg in Bonn (Hauptstadt der BRD bis zur Wiedervereinigung 1990) um 9.30 Uhr das Bundeskabinett zusammen. Auf der Tagesordnung steht eine Beschlussvorlage für den Deutschen Bundestag über einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.

Ein Jahr zuvor, am 5. Mai 1949, haben Großbritannien, Irland, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien, Schweden, Dänemark und Norwegen in London den *Europarat* gegründet mit dem Ziel, *eine Verbindung zwischen seinen Mitgliedern zum Schutz und zur Förderung der Ideale und Grundsätze, die das gemeinsame Erbe der Mitgliedstaaten bilden, herzustellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Frieden zu fördern.*

Jetzt, fünf Jahre nach Kriegsende, steht die Aufnahme der BRD in diese Organisation im Raum. Damit soll ein wichtiger Schritt in Richtung Wiedereingliederung Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft vollzogen werden.

Die Entscheidung der deutschen Regierung drängt. Für den nächsten Tag, den 10. Mai, ist in London eine Außenministerkonferenz der westlichen Siegermächte in London

anberaumat, auf der auch über das weitere Schicksal Deutschlands beraten werden soll. Es gilt für die deutsche Regierung, mit einem positiven Votum zur Mitgliedschaft im Europarat ein wichtiges Signal für diese Konferenz zu geben. So erklärt es sich, dass die Kabinettsitzung – entgegen den üblichen Gepflogenheiten – nicht an einem Mittwoch, sondern bereits an diesem Dienstag stattfindet.

Für den Abend (20.00 Uhr) hat Adenauer eine Pressekonferenz angesetzt, um im Vorfeld der Außenministerkonferenz das Ergebnis der Beratungen der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Adenauer befürwortet eine Mitgliedschaft Deutschlands im Europarat, würde sie doch einen weiteren Mosaikstein in seinem Bestreben um vollständige Souveränität der BRD bedeuten. Gleichwohl, die Angelegenheit ist nicht so einfach, wie man auf den ersten Blick vermuten möchte.

Was aus heutiger Sicht überraschen mag, an diesem Morgen des 9. Mai 1950 ist sich die Regierung Adenauer keineswegs sicher, ob sie zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt eine Beschlussfassung im Deutschen Bundestag über einen Antrag auf Aufnahme in den Europarat herbeiführen sollte. Es muss nämlich befürchtet werden, dass die Mehrheit der Abgeordneten gegen den Beitritt votieren wird. Auch in der deutschen Öffentlichkeit wird das Thema Mitgliedschaft im Europarat höchst kontrovers diskutiert. Den Grund für diese Kontroverse liefert das deutsch-französische Verhältnis, das zu dieser Zeit noch ein „Nicht-Verhältnis“ ist.

Wenn auch jenseits des Rheines immer mehr Stimmen, selbst aus Kreisen der einstigen Résistance, laut werden, die

um Verständnis und Verständigung mit Nachkriegsdeutschland werben, so spricht doch die offizielle französische Politik eine ganz andere Sprache. Die Deutschlandpolitik Frankreichs ist nach wie vor geprägt von der Maxime, den „Erbfeind“ jenseits des Rheins für alle Zeiten derart zu schwächen, dass von dort keine Gefahr mehr ausgehen kann. Zu präsent sind bei den Franzosen noch die Erinnerungen an die Nazi-Herrschaft. Dreh- und Angelpunkt der deutsch-französischen Animositäten ist, wie schon nach dem I. Weltkrieg, das Saargebiet.

Nach Abzug der amerikanischen Truppen am 10. Juli 1945 hat Frankreich als „Siegermacht“ die Besetzung des Saarlandes übernommen, verbunden mit der Zustimmung der Alliierten, das Gebiet vom Rest des ehemaligen Deutschen Reichs wirtschaftlich abtrennen zu dürfen. Dass Frankreich überhaupt in den Kreis der Besatzungsmächte über das ehemalige Deutsche Reich aufgenommen worden ist, verdankte es weniger den heroischen Taten General de Gaulles als vielmehr einer Initiative Winston Churchills, der sich auf der Konferenz von Jalta mit einem entsprechenden Vorschlag gegen Stalin durchzusetzen wusste.

Wie dem auch sei, im Zuge der Übernahme der Besetzung des Saarlandes von den Amerikanern ist dieses zu einem französischen Protektorat geworden. Die hier vorhandenen Kohlevorkommen will Frankreich ganz in den Dienst des Wiederaufbaus der eigenen Stahlindustrie stellen. Doch es geht um mehr als rein wirtschaftliche Interessen. Im Vordergrund stehen Sicherheitsinteressen. Ohne Kohle keine Stahlproduktion, ohne Stahlproduktion keine Waffenproduktion, so lautet die einfache Formel!

Auf Betreiben der französischen Besatzungsmacht hat sich das Saarland 1947 eine eigene Verfassung gegeben, eine Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich begründet und sich zugleich von Deutschland losgesagt.

Adenauer hat vor wenigen Wochen inoffiziell von der Absicht der französischen und der saarländischen Regierung erfahren, Verhandlungen über sog. Staatsverträge mit dem Ziel einer weitestgehenden Autonomie des Saarlandes aufzunehmen. Im Gegenzug soll sich das Saarland verpflichten, seine Eisenbahnen und Kohlevorkommen auf die Dauer von 50 Jahren an Frankreich zu verpachten. War bisher lediglich von einem „Besatzungsstatut“ für die Saar die Rede, stellt der Terminus „Autonomie“ für Adenauer eine völlig neue Qualität dar. Eine Autonomie des Saarlandes würde faktisch und juristisch eine endgültige Abtrennung des Saarlandes von Deutschland bedeuten, womit – entgegen einer Deklaration der vier Siegermächte vom 5. Juni 1945 – eine Änderung der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches ohne einen entsprechenden Friedensvertrag vollzogen würde.

Geradezu als Provokation empfindet man es in Deutschland, dass Frankreich, das die außenpolitische Vertretung des Saarlandes innehat, nun sogar noch einen Antrag auf Aufnahme des Saarlandes in den Europarat als eigenständiges Mitglied stellen will.

Für Adenauer ist dies alles Anlass genug gewesen, das Thema „Saar“ in den Mittelpunkt seiner Gespräche mit dem französischen Außenminister Robert Schuman anlässlich dessen ersten offiziellen Deutschlandbesuches im Januar zu stellen.

Bonn, das bis zu seiner „Berufung“ als Bundeshauptstadt eher verschlafene Städtchen am Rhein, ist Robert Schuman bestens vertraut. Hier hat er einige Semester seines Jurastudiums verbracht – in der Absicht, sich als Rechtsanwalt im lothringischen Metz niederzulassen.

Was uns heute skurril erscheinen mag: Ein Studium des deutschen Rechts als Grundlage für eine Anwaltstätigkeit in einer lothringischen, also französischen Stadt, erklärt sich aus den politischen Verhältnissen zum Ende des 19. und zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Verhältnisse, die den Lebensweg und die Persönlichkeit Robert Schumans nachhaltig geprägt haben.

*Robert Schuman,
der „Grenzgänger“*

Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman kommt am 29. Juni 1886 als einziges Kind der Eheleute Jean-Pierre Schuman und Eugénie Schuman, geb. Duren, in Clausen, einem Stadtteil Luxemburgs, zur Welt. Sein Vater, mit Herz und Seele Lothringer, hat nach der Annektierung Lothringens durch das Deutsche Reich im „deutsch-französischen Krieg“ (1870/71) seine lothringische Heimat verlassen und ist nach Luxemburg übergesiedelt, wo er seine Frau kennengelernt und geheiratet hat.

In dem *Vertrag von Frankfurt* vom 10. Mai 1871 hatte sich Frankreich gegenüber dem siegreichen Deutschen Reich verpflichtet, das Elsass und einen Teil Lothringens abzutreten, die fortan – bis 1918 – das „Reichsland Elsass-Lothringen“ bilden. Nach Maßgabe des Vertrages waren die Be-

wohner dieses Gebietes vor die „Wahl“ gestellt, entweder bis zum 1. Oktober 1871 ihre Heimat in Richtung Frankreich zu verlassen oder im neuen „Reichsland“ zu verbleiben, dann aber als deutsche Staatsbürger. Etwa 128 000 Elsässer und Lothringer sollen daraufhin ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben, die Verbliebenen wurden qua Verwaltungsakt zu „Deutschen“ erklärt. Zu ihnen gehört auch Jean-Pierre Schuman, der allen zu erwartenden Repressalien zum Trotz aus Protest auf einem Meldeformular in Luxemburg unter der Rubrik „Staatsangehörigkeit“ einträgt: **LOTHRINGER**. Der Protest bleibt wohl ohne nennenswerte Folgen.

Folgen hat aber der erzwungene Austausch seiner Staatsbürgerschaft für Eugénie Duren, die, obwohl Luxemburgerin, mit der Eheschließung ebenfalls „Deutsche“ wird, und vor allem für Robert Schuman, der mit seiner Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhält. Mit Erreichen seines 18. Lebensjahres hätte Robert Schuman, der seine Jugend- und Schulzeit in Luxemburg verlebt, nach luxemburgischem Recht die Möglichkeit gehabt, die luxemburgische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Hiervon macht er keinen Gebrauch, seine Lebensplanung sieht anderes vor. Das klingt alles recht kompliziert, aber kompliziert waren auch die politischen Verhältnisse zum Ende des 19. und bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa. Wie sagte doch der französische Staatsphilosoph Charles de Montesquieu: *„Ich bin aus Notwendigkeit Mensch, aus Zufall Franzose!“* Bei Robert Schuman sind es gleich zwei Zufälligkeiten: Bei seiner Geburt in Luxemburg wegen der politischen Verhältnisse mit der deutschen Staatsbürgerschaft „gesegnet“, wird er

dank der Niederlage Deutschlands im I. Weltkrieg und der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich 1918 französischer Staatsbürger. Robert Schuman bildet mit seinem, den politischen Verhältnissen in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschuldeten, unfreiwilligen Nationalitätenwechsel keine Ausnahme. Menschen, die z.B. zu dieser Zeit im Osten Belgiens, in der Region Eupen-Malmedy, gelebt haben, mussten, ohne auch nur einmal ihr Dorf oder Region zu verlassen, mehrmals unfreiwillig den Wechsel zwischen deutscher und belgischer Staatsangehörigkeit erleben und erleiden.

Mit 18 Jahren legt Robert Schuman sein Abitur am großherzoglichen Athénée de Luxembourg (Gymnasium) ab. Dank der immer schon mehrsprachigen Ausrichtung des luxemburgischen Schulsystems spricht er zu diesem Zeitpunkt bereits neben Letzeburgisch fließend Deutsch und Französisch.

Wie für alle Abiturienten stellt sich für ihn nun die Frage nach der beruflichen Ausrichtung und dem dazu notwendigen Studium. Robert Schuman entscheidet sich für das Jurastudium mit dem Ziel, Rechtsanwalt zu werden, jedoch nicht in Luxemburg, sondern in Metz. Dieser Region fühlt er sich verbunden, hier ist er zu Hause, wie er bei seiner Kanzleieröffnung im Jahre 1912 gegenüber einem Freund bekennt. Diese Verbundenheit ist sicher Teil der „Erbmasse“.

Wie wir bereits wissen: Metz ist (bis 1918) deutsch. Es gilt deutsches Recht.

Was also bleibt dem luxemburgischen Abiturienten französischer Herkunft mit deutschem Pass im Jahre 1904 ande-

res übrig, als sich einen Studienplatz für deutsches Recht an einer deutschen Universität zu suchen?

Um für ein solches Studium die notwendigen Zulassungsbedingungen zu schaffen, stellt er bei der deutschen Verwaltungsbehörde in Straßburg den Antrag, am kaiserlichen Gymnasium in Metz zusätzlich noch ein deutsches Abitur ablegen zu dürfen. Dies wird ihm gewährt, sodass er im Jahre 1904 im Besitz eines luxemburgischen und eines deutschen Abiturs ist.

Sein Studium führt ihn alsdann nach München, Berlin, Straßburg, wo er 1908 an der Kaiser-Wilhelm-Universität sein Referendarexamen (i. juristisches Staatsexamen) ablegt. Und eben nach Bonn, in die Stadt, in die er jetzt – am 13. Januar 1950 – als französischer Außenminister zurückgekehrt ist.

In den vertraulichen Gesprächen mit Adenauer wie auch in den Tischreden betont Schuman immer wieder die Notwendigkeit der französisch-deutschen Aussöhnung für einen nachhaltigen Frieden in Europa, was ihm erkennbar eine Herzensangelegenheit ist. Den Nachfragen Adenauers zum Thema „Saar“ weicht er jedoch beharrlich aus. Umso mehr sieht sich Adenauer veranlasst, Schuman deutlich zu machen, dass Frankreichs Saarpolitik *angesichts der großen Erregung, die diese Politik in der deutschen Öffentlichkeit hervorgeufen hat*, einen Eintritt der BRD in den Europarat gefährden kann. Auf die Frage Adenauers, warum die Sache mit den Staatsverträgen so eilig geworden sei und ob man die Verhandlungen nicht bis zu einer Entscheidung über einen Beitritt der BRD zum Europarat aussetzen könne, vertrös-

tet ihn Schuman: „*Die Verhandlungen werden mindestens ein halbes Jahr dauern.*“

Robert Schuman sieht sich in einem Dilemma: Auf der einen Seite seine selbst empfundene Berufung, einen Beitrag zur Versöhnung der beiden Völker zu leisten, quasi seine Lebensaufgabe. Auf der anderen Seite die französische Realpolitik, in die er eingebunden ist und die konsequent die Durchsetzung ihrer eigenen nationalen Interessen an der Saar sucht.

Irrtum oder Täuschung? Eher wohl eine Fehleinschätzung Schumans, denn nur drei Wochen nach Beginn der Verhandlungen zwischen der französischen und der saarländischen Regierung am 7. Februar 1950 ist alles geregelt und die *Saarkonventionen* sind beschlossene Sache. Zwar beschwichtigt Schuman am 6. März 1950 gegenüber der Presse, eine europäische Lösung sei trotz der Saarkonventionen nicht gefährdet und Frankreich liege eine Verständigung mit Deutschland am Herzen, doch Adenauers Einschätzung, dass die Saarfrage ein gefährlicher Zündstoff, ein Agitationsmittel für nationalistische Kreise werden könnte, sollte sich als richtig erweisen. Die Saarverträge haben in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung Zweifel an den Beteuerungen der französischen Seite, sich um eine Aussöhnung mit den Deutschen bemühen zu wollen, aufkeimen lassen. *Man fragte sich*, so schreibt Adenauer in seinen „Erinnerungen“, *ob in Frankreich wirklich der ernste Wille bestehe, Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der Völker wieder einzuführen, und es zur Mitarbeit am Wiederaufbau Europas und der Welt heranzuziehen. Man durfte weder bei uns noch außerhalb Deutschlands die*

Augen vor dieser Tatsache verschließen. Die Zweifel mussten beseitigt werden.

Adenauer ist es, der in diesem Moment die Initiative ergreift. Schon für den nächsten Tag, den 7. März 1950, bittet er den amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith zu sich, um über ein ausführliches Interview seine europapolitischen Vorstellungen und mögliche Ansätze für eine Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands öffentlich zu machen. Diplomatische Wege sind ihm verschlossen, da es der Bundesrepublik und ihrem Kanzler noch untersagt ist, eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Adenauers Überlegungen haben es durchaus in sich.

So erklärt er gegenüber Kingsbury-Smith, für ihn läge die Lösung aller Probleme im deutsch-französischen Verhältnis in einer vollständigen Union beider Länder. *„Eine Union zwischen Frankreich und Deutschland würde einem schwerkranken Europa neues Leben und einen kraftvollen Auftrieb geben. Hiermit würde der Rivalitätsgedanke zwischen beiden Ländern verschwinden“*, sagt er weiter. Seine Unterstützung für eine deutsch-französische Union macht er jedoch davon abhängig, dass auch England, Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden die Teilnahme offensteht. *Ich erwähnte diese Staaten*, so bekennt er in seinen „Erinnerungen“, *damit nicht der Eindruck entstand, dass ein deutsch-französischer Block gebildet werde, um anderen Staaten seinen Willen aufzuzwingen.*

In einem zweiten Interview mit Kingsbury-Smith am 21. März wird Adenauer konkret. Auf die Frage, was seiner Meinung nach unmittelbar getan werden könne, um eine Union zwischen Deutschland und Frankreich herbeizufüh-

ren, die er als Grundstein eines vereinten Europas ansähe, erklärt Adenauer, „*man sollte von einem allmählichen Verschmelzen der beiden Länder in Bezug auf Zölle und Wirtschaft ausgehen. Das Werkzeug für eine solche Union könne ein gemeinsames Wirtschaftsparlament sein, das aus den gesetzgebenden Körperschaften beider Länder gebildet würde. Beide Regierungen könnten ihrerseits ein Organ bestimmen, welches gemeinsam mit dem Wirtschaftsparlament verantwortlich sei. Die Aufgaben des Wirtschaftsparlamentes und der Regierungsvertretung werden sich im Laufe der Zeit erweitern können, um die Vereinigung beider Länder schrittweise herbeizuführen. Fraglos würde es einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn Franzosen und Deutsche in einem Hause und an einem Tisch säßen, um miteinander zu arbeiten und gemeinsam Verantwortung zu tragen. Die französischen Ansprüche auf Sicherheit könnten auf diese Weise befriedigt und das Wachstum eines deutschen Nationalismus verhindert werden. Wenn Großbritannien sich wirklich als eine europäische Macht ansieht, so könnte es innerhalb des Rahmens der Vereinigten Nationen Europas denjenigen Platz einnehmen, der seiner Stellung und Stärke entspricht.*“

Die Vorstellungen Adenauers stoßen, wie nicht anders zu erwarten, weltweit auf Interesse, an einigen Orten sogar auf ein zumindest verhalten positives Echo. Nicht aber in Frankreich! Mit dem „Erbfeind“ eine *totale Union* einzugehen, erscheint den Franzosen geradezu als ein Schreckgespenst. Die französische Zeitung „L’Aube“ kommentiert Adenauers Vorschlag mit den Worten, Adenauer wolle Europa um Deutschland herum und für Deutschland schaffen!

Und dennoch bleibt sein Interview nicht ohne Folgen. Schon einen Tag nach dessen Erscheinen laden ihn die Ho-

hen Kommissare, die Vertreter der Siegermächte, zu einem neuerlichen Gespräch in ihre Residenz auf dem Petersberg bei Bonn ein. Gegenstand des Gespräches soll einmal mehr ein möglicher Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat (neben dem Saarland) sein. Adenauer bleibt seiner Linie treu, indem er unmissverständlich erklärt, dass es für eine Beschlussfassung in dieser Frage im Deutschen Bundestag keine Mehrheit geben werde, solange gleichzeitig ein gesonderter Beitritt des Saarlandes im Raum stehe. Nicht nur, dass die Oppositionsparteien im Parlament, allen voran die Sozialdemokraten (SPD), bereits ihre Ablehnung angekündigt haben, auch in den Regierungsfractionen droht nach Einschätzung Adenauers die ursprünglich positive Stimmung zu kippen.

Gegenüber André François-Poncet, dem Hohen Kommissar Frankreichs, erklärt er deshalb: *„Wenn nicht irgendeine Geste gegenüber der BRD gemacht wird, fürchte ich die Frage des Beitritts zum Europarat nicht dem Bundestag vorlegen zu können, weil ich überzeugt bin, dass sich eine Mehrheit dann nicht dafür aussprechen wird.“*

Auf die Nachfrage Poncets, welche Geste er sich denn wünsche, bemerkt Adenauer: *„Wenn die Saarkonventionen nicht getroffen worden wären, hätte ich dem Bundestag ohne weiteres einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Dann hätte er auch eine Mehrheit gefunden. Aber es gehört nicht viel dazu, die Deutschen noch im letzten Augenblick zu gewinnen.“*

Wie diese „Geste“ konkret aussehen soll, lässt er, dem man Zeit seines Lebens großes taktisches Geschick attestiert, offen. Auch in seinen „Erinnerungen“ verrät er später dazu

nichts. Also ein Bluff? Vielleicht! Zumindest aber hat es den Anschein, dass Adenauers Schachzug nicht ohne Folgen geblieben ist, wie der weitere Verlauf des 9. Mai 1950 zeigen sollte.

*Bonn, 9. Mai 1950,
später Vormittag*

Die Diskussion um einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ist in vollem Gang, als mitten in die Beratungen des Bundeskabinetts plötzlich Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn, ein enger Mitarbeiter Adenauers, hereinplatzt und mitteilt, es sei gerade ein Abgesandter des französischen Außenministers Schuman im Palais Schaumburg eingetroffen und habe ihm zwei Briefe von Schuman ausgehändigt mit der Bitte, diese dem Bundeskanzler unverzüglich vorzulegen. Die Angelegenheit sei von äußerster Wichtigkeit. Adenauer möge diese Briefe unverzüglich lesen und ihm, Michlich (Mitarbeiter von Schuman), eine Antwort für Schuman übergeben, die er sofort nach Paris zu übermitteln habe. Zur gleichen Zeit tage in Paris der Ministerrat und man wolle dort über den Inhalt der Briefe beraten, sobald eine Antwort von Adenauer vorliege.

*Paris, 9. Mai 1950,
ebenfalls am späten Vormittag*

In der Tat: In Paris findet zur selben Zeit im Élysée-Palast die wöchentliche Sitzung des französischen Ministerrates unter der Leitung des Ministerpräsidenten Georges Bidault statt. Wie in Bonn hat man die Sitzung um einen Tag vor-

verlegt, um die am nächsten Tag in London stattfindende Außenministerkonferenz vorzubereiten. Auf der letzten Sitzung in New York hat Robert Schuman in Abstimmung mit seinen amerikanischen und britischen Amtskollegen, Dean Acheson und Ernest Bevin, die Aufgabe übernommen, ein Konzept für die Zukunft Deutschlands zu entwickeln. Jetzt befindet sich in seiner Mappe das Konzept, das später als „Schuman-Plan“ in die Geschichte Europas eingehen wird. Mit Ausnahme von René Mayer und René Pleven ist zu diesem Zeitpunkt noch niemand seiner Kabinettskollegen in sein Vorhaben eingeweiht – alles ist noch ein bestgehütetes Geheimnis. Doch um dieses Konzept am nächsten Morgen in London als französischen Vorschlag präsentieren zu können, braucht Schuman das Plazet seiner Regierungskollegen. Zunächst aber will er noch die Reaktion seines späteren Freundes auf der anderen Seite des Rheins, des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, abwarten. Deshalb hat er am Tag zuvor unter Umgehung aller diplomatischen Gepflogenheiten und französischen Dienststellen den Verwaltungsbeamten Michlich, Mitglied seines Stabes, mit zwei Briefen für Konrad Adenauer nach Bonn geschickt. Jetzt wartet er auf dessen Antwort.

Nur wenige Straßen vom Élysée-Palast entfernt, in der Rue de Martignac, dem Sitz des *Commissariat général du Plan*, sitzt der eigentliche Urheber des Planes und wartet auf die Nachricht aus dem Élysée-Palast, dass es endlich losgehen kann: Jean Monnet.

26 Jahre später, am 2. April 1976, werden ihn – „den Mann, der Europa erfand“ – die in Luxemburg versammel-

ten Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zum „ersten Ehrenbürger Europas“ ernennen.

Helmut Schmidt, Altbundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, nennt ihn in seinem Vorwort zu der 1976 unter dem Titel „Erinnerungen eines Europäers“ erschienenen Autobiographie Jean Monnets *ein Vorbild als Patriot, als Europäer und als ein Politiker, der sowohl Ziele setzen als auch Wege ebnen kann*. Helmut Schmidt fährt fort: *Monnet hat als Wegbereiter der europäischen Einigungsbewegung große politische Wirkungen erzielt, ohne je ein Politiker im Sinne eines Mandatsträgers zu sein. [...] Sein einziger Auftraggeber war sein Gewissen, war sein Sinn für das politisch Notwendige und Heilsame, war sein hochentwickeltes, weit über den nationalen Horizont hinausreichendes Verantwortungsgefühl als Weltbürger.*

Und so kommt es, dass aller Anfang in Europa Jean Monnet ist.

*Jean Monnet,
„der Mann, der Europa erfand“*

Jean Omer Gabriel Monnet kommt am 9. November 1888 in Cognac, Poitou-Charentes – eine für ihr gleichnamiges Branntweinerzeugnis weltberühmte Region –, als ältestes von vier Kindern zur Welt. Dank der unternehmerischen Aktivitäten seines Vaters, Jean-Gabriel Monnet, Mitbegründer und späterer Alleininhaber einer Cognac-Destillerie (die Marke „J.-G. Monnet“ existiert immer noch), wächst Jean Monnet in einem von Weltoffenheit geprägten Milieu auf. Er selbst schreibt dazu in seinen „Erinnerungen“: *Noch ehe ich die lokale Gesellschaft kennenlernte, mit der wir übrigens*

nur wenig Kontakt hatten, war ich vertraut mit den Berichten, die unsere weit her gereisten Gäste von ihren Ländern, von ihren Reisen gaben, und es wurde mir zur Gewohnheit, ihre Probleme genauso zu sehen wie unsere eigenen. Bei Tisch sprach man gewöhnlich von Weltangelegenheiten, so wie andere von städtischen sprechen ... So lernte ich von Kindheit an, noch zu einer Zeit, da die französische Gesellschaft in ihrem Provinzialismus schwamm, dass wir in einer Welt mit sehr großen Dimensionen leben, und der Gedanke, dass ich es mit Menschen zu tun hatte, die eine andere Sprache sprechen und andere Gewohnheiten haben, erschien mir ganz selbstverständlich ...

Im Alter von 16 Jahren beschließt er, seine schulische Karriere vorzeitig zu beenden, weil es ihm widerstrebt, Bücherweisheiten auswendig zu lernen und er – wie er es nennt – viel lieber direkt in die Schule des Lebens (sprich: in das väterliche Unternehmen) eintreten möchte: *Ich kaufte mir einen steifen Hut und wurde mir meiner Verantwortung bewusst.*

Nun wird man, ohne Jean Monnet zu nahe zu treten, konzedieren können, dass sich im Alter von fast 90 Jahren (in diesem Alter verfasst er seine „Erinnerungen“) der Blick auf die eigene Jugend ein wenig erklären kann. Ob also der Eintritt in das väterliche Unternehmen und die vorzeitige Beendigung der Schule mit 16 Jahren tatsächlich dem Bewusstsein um die besondere Verantwortung oder doch nicht eher einer gewissen Abenteuerlust geschuldet war, sei einmal dahingestellt. Gleichwohl: Sein Lebensweg scheint mit dieser Entscheidung vorgezeichnet.

Nur wenige Wochen nach seinem Eintritt in das Unternehmen verlässt er seine Heimat Cognac und geht für zwei

Jahre nach London, nicht nur um die Sprache der wichtigsten Kunden zu erlernen, sondern sich vor allem mit deren Gepflogenheiten vertraut zu machen.

Er lernt dabei das Leben in der City of London hautnah kennen, zeigt sich beeindruckt von der Macht dieser – wie er es nennt – „Organisation“, die damals wie heute mehr ist als nur ein Banken- und Geschäftsviertel. Der hier herrschende kosmopolitische Geist übt auf ihn eine enorme Faszination aus. Seine ihm nachgesagte Anglophilie findet hier wohl ihren Ursprung.

Nach dem London-Aufenthalt folgt eine erste Bewährungsprobe, als ihn sein Vater nach Kanada und Amerika schickt, um die dortigen Kunden kennenzulernen und das Vertriebsnetz weiter auszubauen. Was man bei all dem nicht vergessen darf: Jean Monnet unternimmt diese Reisen und Unternehmungen mit zarten 18 Jahren, also in einem Alter, in dem seine Altersgenossen noch mehr oder wenig fröhlich die Schulbank drücken. Seine Erlebnisse und Erfahrungen während seiner Tätigkeit in Amerika, insbesondere aber die persönlichen Verbindungen, die er hier aufbaut, sollten sich für seine spätere politische Arbeit als bedeutsam erweisen.

Der Beginn des I. Weltkrieges markiert für Jean Monnet eine entscheidende Wendung in seinem Leben und beruflichen Werdegang. Er entdeckt für sich, wie er es nennt, die „öffentliche Angelegenheit“ als sein zukünftiges Betätigungsfeld.

Jean Monnet ist 25 Jahre alt, als Frankreich die Generalmobilmachung ausruft. Aus gesundheitlichen Gründen ist

er vom Fronteinsatz befreit, was ihn jedoch nicht davon abhält, sich Gedanken darüber zu machen, welchen Beitrag er jenseits eines aktiven Gefechtseinsatzes leisten könnte. Er findet sein „Gefechtsfeld“ oder vielleicht besser er „erfindet“ es: *Sehr bald wusste ich, was ich zu tun hatte, denn es war klar, dass sich den Alliierten [Frankreich und England; Anm. d. Verf.] ein immenses Problem stellen würde, auf dessen Lösung sie nicht vorbereitet waren: die Koordinierung der Kriegsanstrengungen. Es war in der Tat ein neues Problem, ein Problem des zwanzigsten Jahrhunderts, das ein Verstand ohne Vorurteil, ohne Erinnerung an die Vergangenheit besser erkennen mochte als die Experten, die mit den Konzeptionen des neunzehnten Jahrhunderts groß geworden waren. Sie begriffen nicht, dass sich die Machtbedingungen geändert hatten und dass es galt, noch nie da gewesene Organisationsformen zu finden. Deutschland mit seiner gewaltigen Armee, die sich auf eine gewaltige Industriemacht stützen konnte, schien mir besser auf diese neue Art Krieg vorbereitet als die Alliierten, die sich getrennt in den Kampf stürzten und dabei ihre Kräfte zersplitterten.*

Monnet ist davon überzeugt: Die Methode der Kooperation souveräner Staaten, in der zwar die Beteiligten das gleiche Ziel verfolgen, dies aber aus Gründen nationaler Eigeninteressen strikt von den anderen getrennt, führt nicht zum gewünschten Erfolg. Im Gegenteil, für ihn steht sie der Verständigung zwischen den Menschen, den Völkern und dem gemeinsamen Handeln entgegen. Für ihn ist nachhaltige Kooperation nur über eine Integration gemeinsamer Interessen und Ziele im Rahmen gemeinsamer Organisationen bzw. Institutionen möglich. Aus diesen Überzeugungen leitet er seine zukünftige Handlungsmaxime ab.